

Die Auswirkungen der Wasser-Privatisierung auf Frauen – Zusammenfassung der Public Eye Podiumsdiskussion vom 22.1.04

TeilnehmerInnen

- Marianne Hochuli, Erklärung von Bern, Schweiz
- Krassen Stoichev, Bulgarian Gender Research Foundation
- Andrey Delchev, CEO, Eurolex Ltd, Bulgarien
- Phides Mazhawidza, GENTA/International Gender and Trade Network, Simbabwe
- Moderation: Barbara Specht, Women in Development Europe (WIDE), Belgien

Marianne Hochuli, Handelsexpertin der Erklärung von Bern, gab zu Beginn einen Überblick über die wichtigen Aspekte der Privatisierung von Wasser. Die grundlegende Frage sei, ob man Wasser als grundlegendes Menschenrecht betrachte, oder nur als Grundbedürfnis. Dieser Unterschied mag nicht in die Augen springen, aber Auswirkungen der Definition sind dramatisch. Ist Wasser ein Grundbedürfnis, dann kann es wie ein gewöhnliches Handelsgut von Privaten und Firmen besessen und vermarktet werden. Ist Wasser ein Menschenrecht, dann muss der Staat sicherstellen, dass es allen Menschen ausreichend zur Verfügung steht.

Die Erfahrung in Afrika habe gezeigt, dass Private Unternehmen die Versorgung mit Wasser für alle nicht sicherstellen, wie Phides Mazhawidza mit den Beispielen von Simbabwe und Südafrika illustrierte. Die Unternehmen, drehen den Hahn zu, wenn die Menschen die Rechnung nicht mehr bezahlen können. Es wäre undenkbar, ein Menschenrecht bei Nicht-Bezahlung auszusetzen. Beispiele von rund um den Globus zeigen auch, dass der Wasserpreis in aller Regel nach der Privatisierung erhöht wird.

Warum privatisieren die Regierungen dann die Wasserversorgung, wenn die Auswirkungen davon so negativ sind. Andrey Delchev arbeitete als Anwalt für die Bulgarische Regierung. Er leitete die Privatisierung der Wasserversorgung von Sofia Ende der Neunziger Jahre. Die Stadtregierung wollte die Wasserversorgung verbessern, hatte aber kein Geld dafür. Mit der technischen und finanziellen Unterstützung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, handelte die Regierung mit einem Englischen Wasserkonzern einen Vertrag aus. Der Multi sollte die Wasserversorgung modernisieren, sie erhielt eine Konzession für 25 Jahre aber die Versorgung blieb dennoch im Besitz der Stadt.

Die Regierung akzeptierte, dass der Konzern Profit macht, dennoch gebe es Vorteile für die WasserkundInnen, nämlich ein besserer Service und mehr Effizienz. Die Preise würden zwar steigen, aber fair bleiben. Krassen Stoichev hatte eine andere Geschichte zu erzählen. Er betonte, dass keines der Ziele erreicht worden sei, und dass Frauen die Auswirkungen der verfehlten Privatisierungen am meisten spüren, weil mehr Frauen als Männer arm seien. Phides Mazhawidza betonte, dass die Wasserprivatisierungen die Frauen immer überproportional treffe, vor allem im Süden, da sie als Ernährerinnen ihrer Familien auch für das Wassertragen zuständig sind. Deswegen müsse der Genderaspekt bei jedem

Privatisierungsprojekt zuerst beachtet werden.

Frauen sind immer noch viel zu sehr von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen, gerade von der Frage, wie Regierungen ihre knappen Mittel ausgeben sollen. Im Falle von Sofia, fand es die Regierung wichtiger, die Armee aufzurüsten und am Irak Krieg teilzunehmen, als die Wasserversorgung in Stand zu stellen. Phides Mazhawidza und Marianne Hochuli fügten die Erfahrungen aus dem Süden hinzu, wo Regierungen häufig, damit bedroht werden, keine Finanzhilfe mehr zu erhalten, wenn sie nicht viele Staatsfunktionen privatisieren.